

Nürtinger Liste / Grüne

Fraktion im Gemeinderat Nürtingen

Dieter Braunmüller
Auf dem Steinenberg 18
72622 Nürtingen
07022/3 11 51
d.braunmueller@nuertingerlistegruene.de

Regine Glück
Biberacher Strasse 8
72622 Nürtingen
07022/3 72 54
r.glueck@nuertingerlistegruene.de

Peter Rauscher
Mädchenschulstrasse 4
72622 Nürtingen
07022/3 74 93
p.rauscher@nuertingerlistegruene.de

www.nuertingerlistegruene.de

Nürtingen, 11. November 2003

Der Haushalt 2004 als Spielball von Hoffen und Bangen

**Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,
sehr geehrte Damen und Herren,**

„**Städte in Not!**“ heißt eine derzeitig länderübergreifende Kampagne der Stadtkämmerer, denen in vielen Städten das Wasser bis zum Halse steht und die durch die Belastungen und Kürzungen von Bund, Land und Kreis keine Chance sehen, in den kommenden Jahren einen ausgeglichenen Haushalt vorlegen zu können. Dies gilt auch für Nürtingen, wo sich die Finanzierungslücke auf 4,5 Millionen Euro beläuft. Nach ‚alter‘ Rechnung also 8,7 Millionen DM - **ein bislang unvorstellbares Defizit.**

Die Schuldigen sind relativ schnell ausgemacht. der Stadtkämmerer nennt zwei Ursachen, nämlich die durch das geplante Vorziehen der Steuerreform resultierenden Einnahmeausfälle von 2,0 Mio. Euro und bei den Ausgaben eine Steigerung der Umlagen, insbesondere der Kreisumlage, von 2,4 Mio. Euro.

Die genannten Ursachen sind für uns nicht beeinflussbar. Über das Vorziehen der Steuerreform wird letztendlich in Berlin parteiübergreifend entschieden und damit auch über einen eventuellen Finanzausgleich, und die Kreisumlage setzt der Kreistag fest. Hier gibt es die wenig realistische Hoffnung, dass sich durch die vehemente Forderung einiger Fraktionen eine Verminderung der Kreisumlage von 43,15% auf 40% erzwingen lässt. Für unsere Stadt würde dies zu einer Reduzierung der Umlage um 1 Mio Euro führen. Der Kreis hat jedoch ebenfalls keinen Spielraum und müßte dann übernommene Aufgaben an die Städte zurückgeben. Hervorzuheben ist jedoch, dass der Kreis in den kommenden Jahren **bedeutsame Investitionen in Nürtingen** tätigt und sich daraus beträchtliche Impulse für die heimische Bauindustrie ergeben.

Angesichts der täglichen Wirtschaftsmeldungen stehen wir **zwischen Hoffen und Bangen**, zwischen Optimismus und Apokalypse. Letzte Woche konstatierte das Institut der deutschen Wirtschaft „**Frühlingsgefühle**“ bei den deutschen Unternehmen. Dürfen wir uns über diese positive Nachricht nun freuen? Die Ernüchterung bei dieser Meldung folgt wenige Zeilen später mit dem Hinweis: „Wenig Hoffnung macht das wirtschaftsnahe Institut den Arbeitslosen. Die Situation bleibt erschreckend schlecht. Mehr als ein Drittel aller Unternehmen rechnet mit **weiterem Stellenabbau** und fast die Hälfte mit bestensfalls stagnierender Beschäftigung im nächsten Jahr“.

Die „Frühlingsgefühle“ gehen zu Lasten des Arbeitsmarktes. Logischerweise geht es den Unternehmen besser, wenn sie Arbeitsplätze abbauen, aus Kostengründen ins Ausland verlagern oder die Arbeitszeiten reduzieren. Binnen eines Jahres sind **600 000 Erwerbsstellen weggefallen**, das heißt: einfach verschwunden. Betroffen sind nicht nur einfache Tätigkeiten in der Produktion, sondern zunehmend auch Arbeitsplätze für Hochqualifizierte. Mit diesen Arbeitsplätzen gehen auch die entsprechenden Einkommensteuerzahlungen der Arbeitnehmer verloren.

Mit welchem Tempo dieser Umbruch vonstatten geht, zeigt ein Blick auf die Wirtschaftsmeldungen eines einzigen Tages, vom 5.11.2003, in denen von unmittelbar bevorstehenden **Arbeitszeitverkürzungen ohne Lohnausgleich** bei den Firmen Opel, VW, der Techniker-Krankenkasse, der Telekom, bei Verdi, im öffentlichen Dienst in Berlin, bei der Lufthansa und bei Alcatel SEL berichtet wird.

Die Gefahr, dass sich die Arbeitszeitverkürzung noch weiter ausdehnt und auch auf die wirtschaftsstarke Region Stuttgart übergreift, ist sicher nicht abwegig. Es wird ersichtlich, wie wenig sich die Unternehmen von der generellen Vorgabe der Regierenden, die eine Arbeitszeitverlängerung fordern, beeinflussen lassen.

Allerdings scheint mir eine Arbeitszeitverkürzung der bessere Weg zu sein, als Stellenabbau, der unmittelbar zu Armut und Perspektivlosigkeit sowie höheren Ausgaben im Sozialbereich führt. Doch auch eine 10%-ige Arbeitszeitverkürzung ist problematisch. Sie bringt eine Lohnminderung in gleicher Höhe mit sich und zwingt viele Betroffene zu allergrößter Sparsamkeit. Der Gang zum Sozialamt ist auch in diesem Falle vielfach vorprogrammiert, **die Kaufkraft sinkt**.

Durch **die bevorstehenden Gesetzesänderungen** wird die soziale Lage darüberhinaus noch beträchtlich verschärft. Arbeitslosen- und Sozialhilfe werden zusammengelegt. Die Sozialhilfe-gesetzgebung gibt ihren Anspruch auf Bedarfsdeckung, Einzelfallgerechtigkeit und Sicherung des Existenzminimums auf. Bei Mietschulden wird drohender Wohnungsverlust nur noch verhindert, wenn der Betreffende Aussicht auf baldige Aufnahme einer Arbeit hat. Dies kann dazu führen, dass es zu einem enormen Anstieg von Armut, einer zunehmenden Zahl verarmter Familien mit ihren Kindern und einer starken **Zunahme von Wohnungsnot und Wohnungslosigkeit** mit allen Konsequenzen kommen wird. Die Kommunen sind der Ort an dem sich all diese Probleme zusammenballen. Wir müssen uns auf dieses beängstigende Szenario bei der Bildung unserer Haushaltsschwerpunkte einstellen.

Wachsende Aufgaben im sozialen Bereich bei gleichzeitig klammer Kassenlage sollten aber nicht dazu führen, dass **Kulturförderung und Kinder- und Jugendförderung** als entbehrlich betrachtet wird. Das wäre verkehrt. Die vielbeschworene PISA-Studie ist eine mahnende Vorgabe. Stattdessen gilt es die vorhandenen Ressourcen optimal zu nutzen. Nach dem **Subsidiaritätsprinzip** soll sich die öffentliche Hand auf die ihr eigenen Aufgaben beschränken und verstärkt den freien Trägern Vorrang einräumen. Wir beantragen deshalb, dass die Angebote der freien Träger bei der Kindergartenbedarfsplanung und der Verteilung der Finanzmittel berücksichtigt werden.

Der Kulturbereich würde von einer besseren Kooperation von städtischen und freien Kulturträgern profitieren. So könnte das Spektrum des städtischen Kulturabonnements durch

Angebote der freien Kulturträger erweitert werden, wodurch die freien Träger ihre Auslastung verbessern und sich einem breiteren Publikum präsentieren können.

Neben der sich zuspitzenden sozialen Situation beobachten wir mit Sorge seit einiger Zeit, wie **ökologische Notwendigkeiten** nicht mehr mit der gebotenen Sorgfalt beachtet werden. Die nur noch wenigen Sitzungen des Umwelt- und Energieausschusses sind ein beredtes Zeichen. Zu beklagen ist auch der nur mit großer zeitlicher Verzögerung erscheinende Energiebericht, der eine zeitnahe Auswertung nicht zulässt. Für uns ist es unbestritten, dass im Energiebereich noch beträchtliche Einsparpotentiale stecken.

Allein durch eiserne Sparsamkeit können wir die Haushaltslücken der kommenden Jahre nicht stopfen. Die **Klausurtagung des Gemeinderates**, die unsere Fraktion zusammen mit der CDU beantragt hatte, war ein erfreulicher Ansatz für eine gute fraktionsübergreifende Kommunikation. Die angestrebten Sparmaßnahmen von 250.000 Euro über die der Gemeinderat noch abschließend zu befinden hat, sind jedoch im Hinblick auf einen Fehlbetrag von 4,5 Millionen nur ein Tropfen auf den heißen Stein. Das „**gemeinderätliche Streichorchester**“ hat sozusagen erst die beschauliche Overtüre hinter sich. Nun folgen in den weiteren Sätzen die ungleich schwierigeren Passagen, die wir mit großem Mut in Angriff nehmen müssen. Es wird die Aufgabe des neuen Kapellmeisters sein, das Orchester zusammenzuhalten.

Unsere Fraktion hat bereits seit Jahren auf einige **mögliche Strukturveränderungen** hingewiesen, sei es bei der **unechten Teilortswahl**, den **Bauhöfen** in den Teilorten oder den **Feuerwehren**. Unsere zahlreichen Anträge für die Erstellung eines Gesamtkonzeptes für die Feuerwehren wurden stets abgelehnt. In schöner Regelmäßigkeit und unter strengen Proporzgesichtspunkten wurden weiterhin Ersatzbeschaffungen in den Teilorten vorgenommen. Diese Dezentralisierung können wir uns auf die Dauer nicht mehr leisten. Unser Ziel kann nur die Zentralisierung unter Beibehaltung einer eventuellen Mindestrepräsentanz in den Teilorten sein.

Bei sich selbst sucht man die Ursachen für die Haushaltsmisere meist zuletzt. Nicht so unser Oberbürgermeister, der sich als Kreisrat selbstkritisch äußerte: „In guten Zeiten haben auch wir einen **hohen Leistungsstandard** aufgebaut und Investitionen in einem nicht vertretbaren Umfang über Schulden finanziert.“ In unserem städtischen Haushalt waren zwar Schulden bisher ein Fremdwort. Dennoch haben auch wir in der Stadt über unsere Verhältnisse gelebt. Der hohe Standard bei öffentlichen Bauten haben unsere Rücklagen schmerzlich sinken lassen. Hierzu ist auch der „**Stadthallenplatz K3N**“ zu zählen, der trotz sich abzeichnenden leeren Kassen ohne Einschränkung weitergeführt wurde.

Ein Paradebeispiel des hohen Anspruchsdenkens ist auch der 1997 ohne unsere Stimmen beschlossene sechsspurige **Ausbau der B313** von der Autobahn bis zur Bachhalde, mit dem demnächst begonnen werden soll. Wir haben dies zwar nicht zu bezahlen, doch auch dieses Geld fehlt letztendlich in der Gesamtbetrachtung. Wir sind auch heute noch der Meinung, dass lediglich eine wechselseitig dreispurige Straßenführung oder allenfalls ein vierspuriger Ausbau ausreichend wäre, den täglichen Stau auf der Autobahn oder der B10 ohne nennenswerte Verzögerung zu erreichen oder diesem zu entfliehen. Um jedoch dieser Baumaßnahme noch einen Vorteil abzugewinnen, beantragen wir, dass im Kreuzungsbereich Bachhalde Mitfahrrerparkplätze angelegt werden, wie dies auch sonst bei Autobahnzubringern üblich ist.

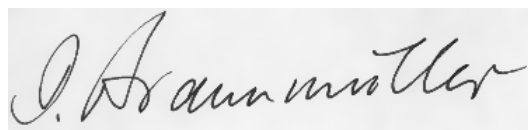
Die täglichen Staus und die Gefahr der Vollblockierung durch Unfälle bestärken uns in unserer Meinung, dass eine befriedigende und zukunftsfähige Mobilität für alle nur durch eine Reduzierung des motorisierten Individualverkehrsaufkommens und der Verbesserung des ÖPNV erreicht werden kann. Es ist ein grandioser Fortschritt, dass wir inzwischen in 24 Minuten mit der Bahn nach Stuttgart fahren können. Investitionen im Umfeld der Bahn und des zentralen Busbahnhofs, wie z.B. die dringend erforderliche Erweiterung der Park- und Ride Parkplätze, die Erneuerung der seit Jahren kaputten Informationstafel auf dem ZOB, oder eine Verbesserung der Toilettenanlage sind unterblieben und machen ein offensichtliches Desinteresse deutlich.

Nach der Fertigstellung des Radwegeringes um die Innenstadt erinnern wir an unsere Anregung, diese mit einem national bedeutsamen Radrennen in Nürtingen zu feiern. Auch für die Scater wäre dieser Ring eine interessante Strecke. Weiterhin gilt es, die Bedingungen für den Radverkehr zu verbessern. Dies erfordert oft nur kleine Maßnahmen, wie Bordsteinabsenkungen beim Wechsel von Geh- und Radwegen auf die Straße (z.B. im Zuge der Radfahrverbindung Gutenbergweg entlang der Steinach bei der Überquerung der Carl-Benz-Straße). Unnötige Wartezeiten an beampelten Kreuzungen ließen sich durch grüne Pfeile für Radfahrer, die nach rechts auf einen Radweg abbiegen, (z.B. von der Steinenbergstraße in die Europastraße) vermeiden.

Auch die **Dienstleistungsfläche in der Bachhalde** würde heute wohl nicht mehr mit dieser Perfektion gebaut werden. Es ist beruhigend zu wissen, dass zumindest vorübergehend eine Fläche von 2 ha der landwirtschaftlichen Nutzung wieder zugeführt wurde. Wir werden wachsam sein, dass die anspruchsvollen Ziele, die einer Bebauung zugrundeliegen, auch eingehalten werden. Für strategisch sinnvoll würden wir es halten, wenn das Gelände in 2 – 3 Bauabschnitte aufgeteilt werden würde, damit nicht, wie bereits geschehen, die Filetstücke herausgekauft und die Flächen ungünstig zerstückelt werden.

Die Haushaltskonsolidierung wird ein schwieriges Unterfangen werden. Es geht nicht darum kurzfristige Erfolge aufzuzeigen, sondern es ist mehr denn je eine **langfristige Konzeption** erforderlich. Dies gilt insbesondere im kulturellen Bereich, wo durch unzumutbaren Kürzungen die Existenz der Vereine gefährdet wird. Aus diesem Grunde beantragen wir, dass wir von allen von den Kürzungen betroffenen Vereinen, deren Zuschussanträge und Situationsbeschreibungen erhalten.

Wir danken Herrn Oberbürgermeister Bachofer für seinen letzten Haushaltsplan und wünschen dem neuen OB, Herrn Heirich, Glück und Erfolg bei den kommenden Beratungen.



Für die Fraktion Nürtinger Liste/Grüne
Dieter Braummüller
Fraktionsvorsitzender Nürtinger Liste/Grüne

Anlage
Zusammenstellung der
Haushaltsanträge 2004

Zusammenstellung der Haushaltsanträge 2004

Antrag 1:

Wir beantragen eine umfassende Aufklärung über die bevorstehenden gesetzlichen Änderungen im sozialen Bereich und deren Auswirkungen auf den Haushalt und unser städtisches Leben.

Insbesondere bitten wir um eine Bestandsaufnahme über die vorhandenen Wohnraumreserven.

Antrag 2:

Wir beantragen, dass wir in Kenntnis gesetzt werden über sämtliche von den freien Kulturträgern gestellten Zuschussanträge.

Antrag 3:

Wir beantragen eine Anpassung des Zuschusses an die Kinderkulturwerkstatt unter dem Gesichtspunkt der bisher seit 1996 unterbliebenen Veränderungen.

Antrag 4:

Wir beantragen die Berücksichtigung der Angebote der freien Träger im Kindergartenwesen in der Bedarfsplanung und der Mittelverteilung.

Antrag 5:

Wir beantragen die Einrichtung von Mitfahrerparkplätzen an der B313 in Höhe der Kreuzung Bachhalde/Zizishausen.

Antrag 6:

Wir beantragen die Erhöhung der Zahl der Park & Ride Parkplätze beim Bahnhof

Antrag 7:

Wir beantragen die Aufteilung der Bachhalde in Bebauungsabschnitte.

Antrag 8:

Wir beantragen die Zurücknahme der erneuten Kürzung der Schulzuschüsse.

Antrag 9:

Wir beantragen die verstärkte Einbindung von städtischen Mitarbeitern bei Wahlen und deren Abrechnung über das Zeitkonto.

Antrag 10:

Wir beantragen eine vermehrte Kontrolle des Auto- und Zulieferverkehrs in der Fußgängerzone.

Antrag 11:

Wir beantragen uns in Kenntnis zu setzen, ob und wie die von Herrn Technischen Dezenten Herrn Hajek geplante Einfahrt in das Stadthalle-Parkhaus möglich ist.